IIIIII KANTON solothurn

Kantonsratsbeschluss

Vom 1. Juli 2009

Nr. RG 091/2009

Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr (ÖV-Gesetz)

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 71 und Artikel 120 der Verfassung des Kantons Solothurn vom 8. Juni 1986[1]), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 4. Mai 2009 (RRB Nr. 2009/755), beschliesst:

I.

Das Gesetz über den öffentlichen Verkehr vom 27. September 1992[2]) wird wie folgt geändert:

§ 9 Absatz 3 lautet neu:
[3] Der Kanton trägt die Kosten der Schulträger für den Transport der Besucher von Volksschulen und Kindergärten, sofern der Weg weit oder beschwerlich ist. Einzelheiten regelt der Regierungsrat durch Verordnung.

§ 10 Absatz 1 lautet neu:
[1] Soweit der Kanton nach § 9 Absatz 1 finanzielle Leistungen aus allgemeinen Staatsmitteln erbringt, haben die Einwohnergemeinden zusammen 37 % der nicht vom Bund, von Nachbarkantonen oder von weiteren Interessierten gedeckten Aufwendungen und Ausgaben zu übernehmen.

§ 10. Als Absatz 6 wird angefügt:
[6] Der Kanton trägt die Kosten für Schülertransporte.

Als § 13bis wird eingefügt:

§ 13bis. Schulträger
Der Schulträger entscheidet über die Kostenübernahme des Schülertransports im Einzelfall.

§ 15 lautet neu:

§ 15. Rechtsweg
[1] Gegen Verfügungen von Schulträgern kann innert 10 Tagen beim Bau- und Justizdepartement und gegen dessen Entscheid innerhalb der gleichen Frist beim Verwaltungsgericht Beschwerde geführt werden.
[2] Gegen andere Verfügungen des Bau- und Justizdepartementes kann innert 10 Tagen beim Regierungsrat Beschwerde geführt werden.

[1]) BGS 111.1.
[2]) GS 92, 620 (BGS 732.1).

II.

Die Änderung von § 10 Absatz 1 tritt rückwirkend auf den 1. Januar 2008 in Kraft. Die übrigen Änderungen treten rückwirkend auf den 1. Januar 2009 in Kraft.

Im Namen des Kantonsrats

Christine Bigolin Ziörjen	Fritz Brechbühl
Präsidentin	Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Verteiler

Bau- und Justizdepartement (2)
Bau- und Justizdepartement, Rechtsdienst (4)
Amt für Verkehr und Tiefbau (5)
Finanzdepartement
Amt für Finanzen
Departement für Bildung und Kultur
Volkswirtschaftsdepartement
Departement des Innern
Staatskanzlei (STU, FUE, STE)
BGS
GS
Amtsblatt (Referendum)
Kantonale Finanzkontrolle
Parlamentsdienste (239/2009)